

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmann, Magdeburg. — Druck und Verlag von H. Baunach & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnr. 411. — Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspostamt Nr. 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einchl. Zustellung 3 Mk., monatlich 1 Mk. Bei den Postämtern vom Verlag und der Buchhandlung. — Einzelhefte 20 Pf. — Bei den Postämtern Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk. ohne Zustellung. Einzelhefte 10 Pf. — Anzeigengebühr: die Tagesblätter 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restemerkel Seite 1,05 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachnr.: Nr. 5256 Berlin.

Nr. 236.

Magdeburg, Dienstag den 9. Oktober 1917.

28. Jahrgang.

## Wie lange noch?

Als die Reichstagsitzung am letzten Sonnabend schloß, mußte kein Mensch, wie die Regierung des Dr. Michaelis politisch und moralisch ihre Existenz weiter fristen sollte. Die sozialdemokratische Interpellation über die alldeutsche Agitation im Saare hatte auf der Tagesordnung gestanden, sie war von Genossen Lauberg mit einer erdrückenden Fülle des Materials begründet und von andern Rednern der Mehrheit unterstützt worden. Michaelis aber war nicht da, und seine beiden Vertreter, der Kriegsminister v. Stein und Joffe, hatten so unglücklich wie möglich abgelehnt. Ein Antrag der Unabhängigen lag vor, zu erklären, daß die Verantwortung der Interpellation durch die Regierung den Anschuldigungen des Hauses nicht entzogen werden, und es war unmöglich, diesen Antrag abzulehnen, solange die Regierung nicht ganz andre weitans befriedigendere Erklärungen abgegeben hätte, als sie soeben aus dem Munde der beiden Stellvertreter vernommen worden waren.

### Eine Krise war also da,

und nur die Verzögerung des Hauses hat verhindert, daß sie augenblicklich zum Ausbruch kam.

Wahrscheinlich wird der Reichskanzler jetzt doch persönlich erscheinen und eine Beruhigungs-Erklärung abgeben. Diese Erklärung so zu formulieren, daß sie den Reichstag wirklich befriedigen kann, dürfte, so sollte man wenigstens meinen, nicht allzu schwer sein. Der Reichskanzler braucht sich nur daran zu erinnern, daß der Reichstagsbeschluss vom 19. Juli in seinem zweiten Teil alles enthält, was man braucht, um den Verteidigungswillen des Volkes in Waffen und dahin aufrechtzuerhalten, andere „Mittel“ zur Aufklärung der Armeekorps brauchen gar nicht gesucht zu werden. Der Reichskanzler kann also einfach im Reichstag erklären, daß die Aufklärung der Armeekorps im Sinne des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli erfolgen werde. Er kann hinzufügen, daß in der Armeekorps gegen die Politik des Reichstags, die auch die Regierung nicht geändert werden würden. Gabe der Reichskanzler eine solche Erklärung ab, so würde dadurch die gegen ihn eingebrachte

### Mißbilligungs-Resolution

gegenstandslos.

Inzwischen haben nun am Sonntag mehrstündige Verhandlungen zwischen den Vertretern der Mehrheitsparteien und der Teilnahme von Vertretern der nationalliberalen Partei stattgefunden, die die Stellungnahme der Parteien für den weiteren Verlauf der gegenwärtigen Tagung des Reichstags beriet. Man ist, nach dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ zu folgenden Entschliessungen gelangt: Die Interpellationsdebatte, die zunächst für Montag das Wort zu betätigen sollte, soll vertagt werden; die in ihr so strittig gewordenen Fragen sollen zunächst am Dienstag vormittag den Hauptausdruck beschäftigen. Zu dieser Sitzung ist das Erscheinen des Reichskanzlers dringend gefordert worden; man nimmt an, daß der Reichskanzler der Aufforderung Folge leisten wird. Der Kammerpräsident, der bekanntlich seitens der neuen Stellung entfällt, wird zunächst von der Tagesordnung abgesetzt und ebenfalls an den Hauptausdruck verschieben werden. Auf diese Weise glaubt man, nach dem genannten Blatt, einerseits, am besten irgendwelcher innerpolitischen Verantwortung vorzubeugen, und andererseits erwartet man für Dienstag eine klare Stellungnahme des Kanzlers zu den in den Verhandlungen vom Sonnabend aufgeworfenen Fragen. Der Kanzler selbst ist am Sonnabend abend ins Hauptquartier gefahren, und soll am Montag wieder in Berlin eintreffen.

Das Ergebnis der interaktionellen Verhandlungen, wenn anders das Berliner Blatt es richtig wiedergibt, scheint uns nicht der Wichtigkeit der Lage zu entsprechen. Hier

### hilft keine Stillenarbeit,

sondern es muß ganz deutlich und ganz offen geredet und gesandt werden. Was an Beruhigung der Öffentlichkeit erzielt werden kann, ist durch die Agitation der Unabhängigen bereits erreicht worden. Durch Verzögerung der Verhandlungen hinter die parlamentarischen Türen des Reichstags wird keine Beruhigung erzielt werden.

Heber es auch man sich allerdings klar sein: Die Annahme einer Mißbilligungs-Resolution gegen die Regierung muß entweder zum parlamentarischen Regime oder zu einer schweren Niederlage des Reichstags führen.

Es ist nicht schwer zu erraten, welche Art der Lösung uns Sozialdemokraten als die wünschenswerteste erscheint: Der Regierung die verdiente Mißbilligung auszusprechen, dann den Nachtragsetat in dritter Lesung ablehnen und erklären, daß künftig nur einer parlamentarischen Regierung Mittel bewilligt werden würden — das wäre ein ein klares und ausgezeichnetes Aktionsprogramm.

Ob aber für ein solches Aktionsprogramm Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei heute schon zu haben sind, ist äußerst fraglich. Voraussetzung für das Gelingen der Aktion ist aber eine feste Mehrheit, sonst verpufft die Aktion zu einer leeren Demonstration. Und dabei würde die Schwäche des Reichstags nicht weniger deutlich demonstriert werden als die Hilflosigkeit der Regierung.

Eine befriedigende Lösung des Konflikts, der am Sonnabend durch die maßlose Ungeheuerlichkeit der Regierungsvertreter hervorgerufen worden ist, ist also nicht wahrscheinlich. Michaelis aber hat — so oder so — militär seinem Selbstvertrauen abgewirkt. Es wäre am besten, er täte das ein, und ginge schon jetzt. Wenn nicht, wie lange kann das noch dauern?

Wir lassen hier anschließend den ausführlichen Bericht über die wichtige Sitzung des Reichstags folgen:

Auf der Tagesordnung steht die

### Interpellation der Sozialdemokraten:

Als dem Reichskanzler bekannt, daß im Saare von Forderungen eine eifrige Agitation zugunsten alldeutscher Politik und namentlich auch gegen Beschlüsse des Reichstags betrieben wird? Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um diesem Mißbrauch der Dienstgewalt durch die Vorgesetzten Einhalt zu tun?

Verbunden hiermit wird der Vorschlag aus der zweiten sozialdemokratischen Interpellation:

Ist dem Reichskanzler bekannt, daß das Vereins- und Versammlungsrecht von den stellvertretenden Generalkommandos einseitig zugunsten alldeutscher Propaganda gehandhabt wird? Was gedenkt er gegen diese Mißbräuche zu tun?

Die Interpellation begründet

Hg. Landsberg (Soz.):

Im Frieden ist als Grundlag verankert worden, daß das Volk dem Gebot der politischen Parteien fechtbar sein sollte. Infolgedessen ist dieser Grundlag fest angegeben, allerdings nicht eindeutig. Ein Artikel der Sozialdemokratischen Geschäftsordnung des Reichstags lautet: „Der Reichskanzler ist verpflichtet, die Vorgesetzten des Abgeordneten zu unterstützen, die der Sozialdemokratischen Fraktion gegenüberstehen, und durch unzulässige Mittel ins Feuer zu setzen, und zwar unter der Bedingung der Unterstützung der Vorgesetzten, die hier die Verantwortung der politischen Verantwortung des Saars betonen.“ Zwischen dem Reichskanzler und dem Reichskanzler ist es immer die gleiche Sache. Die Vorgesetzten der Sozialdemokratischen Fraktion sind die Vorgesetzten der Sozialdemokratischen Fraktion. Die Vorgesetzten der Sozialdemokratischen Fraktion sind die Vorgesetzten der Sozialdemokratischen Fraktion. Die Vorgesetzten der Sozialdemokratischen Fraktion sind die Vorgesetzten der Sozialdemokratischen Fraktion.

### Ruhmestag des Reichstags

betonen. Zwischen den höheren Militärbehörden und der neu gegründeten Vaterlandspartei besteht ein Zusammenhang zur Verhinderung eines Verständigungsfriedens. Man weiß, daß die neue Partei mit dem Namen eine alldeutsche Organisation ist. Die Führer dieser Partei sind ja politische Größlinge. Der alldeutsche Verband, der Vaterlandverein, der Nationalverein, der Kolonialverein, der Ostmarkverein, die Unabhängigen sind alle nur eine Sache. Es sind immer die gleichen Männer, nur die Firma wechselt. (Sehr richtig! links u. l. Sa.) Wäre man nicht, daß der alldeutsche Verband hinter dieser Propaganda steht, man würde es an der Umarmung merken, die in ihrem Namen liegt. Er erinnert an die unangenehme Gespensterei, die von jener Seite vor dem Saare gestellt wurde, die Gegner der eigenen vaterländischen Ideen als vaterlandslos zu bezeichnen. Nach 3 Jahren Weltkrieg, in denen das ganze Volk unerschrocken gekämpft hat, magt sich eine Partei an, durch die Wahl der Firma zum Saare zu bringen, daß bei ihr allein die Interessen des Vaterlandes in höherer Güte sind, und an ihrer Spitze stehen Männer, die bisher unter dem Saare noch nicht zu leiden gehabt haben. (Sehr richtig! links.) Scharf ist es nicht eine Partei von Kriegsineranten. (Widerrechtlich links.) Der Mangel an politischer Bildung — die Folge und Ursache unversöhnlicher Verhältnisse — gestaltet sich, an der Öffentlichkeit irgend einer politischen Tätigkeit zu gewinnen. Zweifellos sind sehr viele Idealtypen

dieser Partei auf den Heim gegangen.

Diese fragen: Sehen denn die Väter des Krieges nur als gelächelt hin? Welche Frage! Sie sind gelächelt für die Rettung Deutschlands. Unde wird zum Vaterland geht so weit, daß wir nicht im Ausland und dem Gebot von Saare und Krieg nachgehen wollen auf die Gefahr hin, Deutschland zu verlieren. Wenn man auf den Väter des Saare steht, was Deutschland nicht auf dem Saare zu verlieren, so wundern man sich, daß es vor dem Saare so gut gegangen ist. Die unangenehme Folge ist das, was wir mit den ererbten Vätern, ge-

fest, wir könnten sie ererbten, gewonnen hätten. Wir hätten dann, ganz im Gegensatz zu den Tendenzen Bismarcks, auf beiden Seiten eine widerwillige fremdsprachige Bevölkerung, denn das Talent zu moralischen Eroberungen haben wir nicht. (Sehr richtig! links.) Wir vergessen immer die Meinung,

auch andre Völker eine Seele

haben. Und sollten die Vaterlandsfreunde bedenken, daß wir uns in Zukunft nur erhalten können durch Sprengung der jetzt gegenüberstehenden Koalition, die Unionisten im Osten und Westen aber wären das beste Mittel zu ihrer Zerstörung.

So viel zu den Idealtypen in dieser Partei. Die leitenden Männer darin lassen sich zum Eintritt für die Verlängerung des Krieges dadurch nicht abstrahieren, daß der Krieg ihnen Vorteile bringt. (Anfrage rechts.) Die Kriegsgewinnler dieser Partei gehen ihnen, eine Leistung nach der anderen zu kaufen, um so eine Atmosphäre in Deutschland zu erzeugen, in der der richtige Kriegsgewinnler sich erst wohl fühlt. Die Herren haben die Erfahrung gemacht, daß man mit Elfenbein höher weiterkommt als mit Zerstückelung des Gemüts, und diese Vorgesetzten sie ins politische Leben. Daher die ungeheure Mißtraue, daher aber auch die gelegentliche Dummheit, keine Kriegsanleihe zu ziehen zu wollen, wenn die Regierung nicht gewisse Versicherungen abgibt. (Sehr, hört!) Diese Männer

rufe ich zur Scham an.

(Widerrechtlich links.) Wie der Gründung der Vaterlandspartei bezwecken sie ganz dasselbe wie mit dem Inhalt der Verhandlungen mit der Einigung eines Verständigungsfriedens. Die Verhinderung des öffentlichen Gemein. (Sehr richtig! links u. l. Sa.) Die Vaterlandspartei verheißt, sie wolle internen Streit vermeiden. Seit ihrem Bestehen aber hat sie noch nichts anderes begonnen als internen Streit. Der Krieg wird Not und Elend im Gefolge haben, wie er auch ansetzen mag. Die Herren stellen uns Kriegsziele auf, an die sie selbst nicht glauben, und hinterher die Mitglieder des Reichstags für alles Elend im Gefolge des Krieges verantwortlich zu machen. Das haben die liberalen Männer, die bei ihnen sind, noch nicht begriffen. Der Ruf, die internen Gegensätze ruhen zu lassen, hätte ihnen doch zu denken geben sollen. Wir wollen ja im Saare die Freiheit des deutschen Volkes betonen, weil die Demokratie die Quelle der größten, gewaltigsten Arbeit ist. (Sehr, Zustimmung links.) Die Verantwortung und Selbstverpflichtung soll die deutsche Vaterlandspartei ausüben. Das Selbstverpflichten nehmen die Kriegsgewinnler in Anspruch, die Selbstverpflichtung gilt für die Liberalen. (Sehr, sehr gut!) Eine

### Stut von persönlichen Mißbilligungen

hat sich aus den Reihen dieser Partei über den Reichstag erhoben. Die Angehörigen werden Feiglinge genannt, bezahlte Agenten des Auslandes. Diese Menschen können eben nicht begreifen, daß man sich politisch für etwas anderes befaßt als für Geld. Die „Berliner Tageszeitung“, das Blatt, auf dem das moralische Minimum liegt (Moralische Unterredungen rechts, kein Zustimmung links), nennt die Reichstagsmehrheit nicht anders als die Hungerfriedensmehrheit. Es scheint mir, daß ein erheblicher Teil dieser Interessenten der Wahrheit nicht unangekommen ist, daß das deutsche Volk hungert. (Schwache Unterredungen rechts, Zustimmung links.) Nun, zunächst hat Herr v. Hildebrand im Abgeordnetenhaus nicht seine Abhandlungen an seine Klassenkassen geschickt. Die Hungerfriedensmehrheit des Reichstags kann über diese Selbstverpflichtungen zur Tagesordnung übergehen. Wir wünschen sehr, daß die Vaterlandspartei in ihrer Agitation eingestiegen werde. Von den Alldeutschen gilt: Selbstmitleidswegs Wert, daß der Krieg ihren

### Mangel an Einigkeit ins Gretecke gesteigert

den. Den Kriegsverlängerern im Ausland könnte kein größerer Schaden geschehen, als die Ermattung eines Parteigängers der Vaterlandspartei zum Reichskanzler. (Sehr, Zustimmung links.) Ihre Behauptungen sind nicht die des deutschen Volkes, das deutsche Volk will die Verantwortlichkeit des Saare dieser drei Jahre kennen, nicht zuletzt zum Wohle des Saare selbst. Das deutsche Volk will dem Frieden die Daba kriegen. Die Vaterlandspartei hat sich ausschließlich davon, daß ihre Feinde keinen Frieden der Verhandlung zuließen wollen. In dem Augenblick, da das geschickte, gibt es keinen Reichskanzler, der sich nicht an den Verhandlungstisch setzt. Als Grund für die Stellung der Reichstagsmehrheit hat man die trostlose Lage Deutschlands bezeichnet. Das ist unerbört. Dadurch kann der Kriegsdienst im Ausland nur werden. Hat den Preis einer Verständigung, einer Verzögerung Deutschlands wollen wir den Frieden nicht. Aber das Saare gegen das wir uns wehren, wollen wir auch ändern nicht aufsetzen.

Die Auffassung, daß wir unbedingt eine Kriegserklärung geben müssen, nennt ich Kammerkassier. Wir haben den Ruf, dem Saare zu sagen, nach dem Saare werden wir immer Zeiten beklüden sein, aber wir haben das Vertrauen zu seiner Kraft und seiner Arbeit, daß es

### das Elend übersehen

wird. Wir haben gute Waffen im Saare gegen die Vaterlandspartei. Wir wünschen ihre Agitation nicht einzustellen, aber was wir uns vorstellen, ist die Zerstörung dieser Agitation durch die Vorgesetzten. (Widerrechtlich links.) In allen Teilen Deutschlands bringen lebhaftes Klagen hierüber zu uns. Der Redner über eine große Reihe von Beispielen an, die zeigen, daß die Vorgesetzten und auch Soldaten von den Vorgesetzten beklüdet werden zum Eintritt in die Vaterlandspartei, daß Soldaten zum Besuch der Versammlungen gehen.







hege der Alldeutschen verbreitet von dem deutschen Volke im Ausland ein vollständig falsches Bild. Die maßlose Agitation der Alldeutschen schädigt auch den Frieden im Innern, den wir brauchen, wo der Feind vor den Toren steht. (Beif. Beifall links.)  
 Es läuft ein Antrag Hofe und Genossen (Unabh. Soz.) ein:  
 Der Reichstag wolle beschließen: die Behandlung der Interpellation durch die Regierung entspricht nicht der Auffassung des Reichstags.  
 Abg. Werner-Gießen (D. Fr.): Der Alldeutsche Verband wird durch die heutige Debatte Tausende von Mitgliedern gewinnen. (Lachen)

(links.) Die Vaterlandspartei will keine Partei sein, sondern alle Nationalgefühnen um ihre Fahne scharen. Mit Hindenburg im Felde, mit Tirpitz in der innern Politik werden wir den Frieden erzwingen, den das deutsche Volk braucht. (Beifall rechts.)  
 Ein Betagungsantrag wird hierauf gegen die Stimmen der Rechten angenommen.  
 Abg. Landsberg (Soz.) stellt in persönlicher Bemerkung Dr. Helfferich gegenüber fest, daß nach einer ihm gewordenen Information im Regierungsgebäude in Potsdam in der Tat sich eine Geschäftsstelle der Vaterlandspartei befindet. (Hört, hört! links.)

Dr. Raempf schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Montag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Kleinere Vorlagen, Fortsetzung der eben abgebrochenen Debatte, Interpellation über das Vereins- und Versammlungsrecht in Verbindung mit den Fragen der Schutzhafte, des Belagerungszustandes und der Zensur.  
 Ein Antrag des Grafen Westarp, die Fortsetzung der heutigen Besprechung von der Tagesordnung am Montag abzugeben, gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt.  
 Schluß 5 1/2 Uhr. —

# Was der Krieg bringt.

## Weitere Versenkungen.

Der deutsche Admiralstab teilt mit:  
 Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 17 000 Bruttoregistertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Santaren“ mit 4600 Tonnen Gasöl für Archangelst und der englische Dampfer „St. Margareth“. Von dem Dampfer „Santaren“ wurde der Kapitän und der Erste Offizier gefangen genommen.  
 In der Nordsee wurden durch unsere U-Boote neuerdings fünf Dampfer versenkt. Drei von ihnen wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen; von den beiden andern Dampfern war einer bewaffnet. —

## „Seeadler“-Abenteuer.

Das amerikanische Marine-Ministerium erhielt aus Tutuila auf den Samoa-Inseln den Bericht, wonach dort ein offenes Boot mit dem Kapitän des amerikanischen Schoners „C. Glade“ ankam. Der Kapitän teilte mit, daß der deutsche Hilfskreuzer „Seeadler“ am 2. August in der Nähe der Nord-Poole-Insel gestrandet und von der Mannschaft verlassen worden sei. Später eroberte der Kommandant mit der Befahrung in einem Motorboot den französischen Schoner „Antec“, den die Deutschen angriffen, bewaffneten und mit dem sie am 5. September in See stachen, in der Absicht, weitere Kapereifahrten zu unternehmen. Bevor der „Seeadler“ irrtete, hatte er den amerikanischen Schoner „C. Glade“ versenkt. Der „Seeadler“ ließ 47 Gefangene auf der Insel zurück, welche jetzt dort Hunger leiden.  
 Der Hilfskreuzer „Seeadler“ war bereits seit etwa Jahresfrist in den südlichen Gewässern tätig, ohne daß ihm die Feinde etwas anzuhaden vermochten. —

## Rußlands Friedensformel.

Auf der letzten Sitzung der demokratischen Konferenz in Petersburg erklärte der Abgeordnete Dan, daß die Konferenz nicht schließen könne, ohne sich über den Krieg auszusprechen. Deswegen schlug er im Namen der minimalistischen Sozialistenpartei und der Demokraten vor, einen Appell an die Demokratien der ganzen Welt zu richten.  
 Das Bureau der Konferenz beschloß über den Appell Dan, welcher gab der Präsident folgende Erklärung ab: „Die demokratische Konferenz bekräftigt den festen Willen der ganzen russischen Demokratie, nur die Bewirkung eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen zu kämpfen und drückt den Wunsch aus, daß dieser Wille in einem Manifest ausgedrückt wird, dessen Vorlesung vom Präsidium der Konferenz festzustellen ist, das zu diesem Zwecke durch Vertreter aller an der Konferenz beteiligten Parteien ergänzt werden soll.“ Die Konferenz nahm mit allen Stimmen gegen eine den Vorschlag an unter dem Auf: „Es lebe der internationale Friede!“  
 Das im Stadiparlam am Sonntag zusammengetretene Parlament wählte Dscherdse zum Vorsitzenden. Er schlug vor, den Bericht der Abordnung des Parlaments über ihre Verhandlungen mit der Regierung wegen Neubildung der Regierungsgewalt zu kritisieren. Ein Bericht Jerevski, in geheimter Sitzung zu beraten, wurde mit 195 gegen 79 Stimmen angenommen.  
 In der Geheimung teilte Jerevski mit, daß die Beziehungen zu einer schnellen Verständigung über alle Fragen geführt hätten, mit Ausnahme der Frage der Verantwortlichkeit des Kabinetts dem Parlament gegenüber, die eine lange, lebliche Erörterung hervorgerufen habe. Man habe sich auf eine Entscheidung geeinigt, in der es heißt, das Parlament sei einwillig von der Regierung zu unterstützen und habe das Recht, die Regierung zu interpellieren, die Antwort erteilen muß. Die Regierung sei formal und juristisch dem Parlament nicht verantwortlich, aber kein Kabinet könne ohne das Vertrauen des Parlaments bestehen. —

## Transportarbeiterstreik in Paris.

Ueber Lohndragen ist zwischen dem Personal der Metropolitan-Linien-Gesellschaft und der Nord-Süd-Gesellschaft und den Direktoren dieser Gesellschaften ein Streit ausgebrochen.  
 Der gegenwärtige Zustand der Transportarbeiter in der Stadt zum Sonntag besät worden. Eine gewisse Anzahl von Automobilistinnen versehen. Die Arbeiterbehörde erklärt, daß der Ausstand voraussichtlich am Montag beendet sein wird, wenn die Forderungen der Ausständigen bewilligt werden. Etwa 30 Wagen sind eingesetzt. Eine Abordnung unter Führung des Vorsitzenden der Transportarbeiterverbandes (Günard), hat sich zu Verhandlungen begeben. — Nach vollständigen Bestimmungen sind bei der Omnibusgesellschaft 3000 Angestellte ausgetauscht. In einigen Depots haben sich Zwischenfälle ereignet. —

## Eine offene Antwort.

Der bekannte demokratische Politiker Dr. Quide, Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, bittet die Presse um Aufnahme folgender Zuschrift:  
 Verschiedene Zeitungen bringen einen, übrigens mir persönlich nicht zugangenen „offenen Brief an den bayrischen Landtagsabgeordneten Dr. Quide“, unterzeichnet von einem Doktor Otto Schaeffer. Darin werden an mich drei Fragen gestellt, die ich bitte, an dieser Stelle beantworten zu dürfen.  
 Erste Frage: Ob ich der Professor Quide sei, der vor Jahren die Broschüre „Caligula“ geschrieben? Antwort: Ja.  
 Zweite Frage: Ob ich als Verfasser dieser Schrift wegen Majestätsbeleidigung zu Gefängnis verurteilt sei? Antwort: Nein. Wegen des „Caligula“ ist überhaupt kein Strafverfahren gegen mich eröffnet worden. Eine zwei Jahre später erfolgte Verurteilung habe ich mit dem „Caligula“ nichts zu tun.  
 Dritte Frage: Ob ich der Mann sei, der nach der Verurteilung seine Strafe nicht abgeessen habe, sondern an den Beleidigten „ein Gnadengesuch“ einreichen lassen, weil er die Gefängnisstrafe wohl nicht ertragen könne, da er lungenkrank (d. h. doch wohl schwindlichtig) sei? Antwort: Nein. Ich habe die über mich verhängte Strafe mit gutem Humor verübt; ich habe niemals für mich ein Gnadengesuch eingereicht oder einreichen lassen, weder an den Kaiser, noch an den dafür zuständigen Bundesherrn.  
 Der Verfasser des offenen Briefes rief mir nach der Herausgabe von meinem „Gnadengesuch“ telefonisch und in Sperrdruck zu: „Waren Sie der Mann, Herr Professor? Ja, Sie sind der Mann!“ Ich erwiderte mit der bescheidenen Gegenfrage an Herrn Dr. Otto Schaeffer: Sind Sie der Mann, der sich für die dumme Frage in die Welt kam? Ja, Sie sind der Mann!  
 München, 30. September 1917. Dr. Quide.

## Behrdrängung der Selbstversorgung in Fleisch.

Nach einer vom Kriegsernährungsamt erlassenen Verordnung ist der private Handel mit Schweinen, auch wenn es sich nicht um Schlachtkörper handelt, verboten. Zugleich sind neue einschränkende Verfügungen über die Selbstversorgung mit Fleisch eingeführt worden. Danach dürfen Schweine mit einem Gewicht von mehr als 25 Kilogramm nur an die staatlich bestimmten Viehbedarfsstellen veräußert werden.  
 Vom 15. Oktober an muß der Selbstversorger von dem durch Hauschlachtung von Schweinen gewonnenen Fleisch an den Kommunalverband gegen angemessene Vergütung Speck oder Fett in folgenden Mengen abgeben: wenn das Schlachtgewicht des Schweines mehr beträgt als 60 bis 70 Kilogramm 1 Kilogramm, mehr als 70 bis 80 Kilogramm 2 Kilogramm, für weitere angefangene je 10 Kilogramm weitere 0,5 Kilogramm. Von frühern Nachschneidungen sind 2 v. d. des Schlachtgewichts in Speck oder Fett abzuliefern. Die Landeszentralbehörden können die Abgabepflicht erhöhen, aber nicht bestimmen, daß von Schweinen, deren Ertrag an Fleisch weniger als 1 1/2 Kilogramm beträgt, nichts abzugeben zu werden braucht.  
 Sie selbst versorgende gewerbliche Metzgereien, Schlachthäuser und so weiter, und Selbstversorger, denen nach den geltenden Vorschriften bei besonders anstrengender körperlicher Arbeit Fettzulagen gewährt werden können, brauchen nichts abzugeben. Wildpret und Häsiner werden in der schon früher festgesetzten Weise angeschlossen.  
 Bei der Anrechnung von Schlachtkörpern von Schweinen ist zu 3 Wochen und von Schafschinken sind folgende Bestimmungen für die Person zugrunde zu legen: bei Mäthern bis zu 3 Wochen 300 Gramm, bei Schafschinken mit einem Schlachtgewicht von 30 Kilogramm und weniger 200 Gramm, von 30 bis 60 Kilogramm 300 Gramm, von mehr als 60 Kilogramm 400 Gramm. Das Kriegsernährungsamt kann die Güter für die Anrechnung von Schlachtkörpern vorübergehend erhöhen.  
 Fleisch zur Selbstversorgung darf aus Hauschlachtungen, die zwischen 1. September und 31. Dezember erfolgen, höchstens für 1 Jahr, aus Hauschlachtungen in der übrigen Zeit höchstens bis zum Schluß des Kalenderjahres belassen werden. —

## Notizen.

Giesberts — Unterstaatssekretär? Die die „Kölnische Zeitung“ erwähnt, steht die Berufung des Zentrumsgesandten Giesberts als Unterstaatssekretär in das neue Reichskanzleramt bevor. Giesberts gehört als Vertreter des Effen dem Reichstag und dem Preussischen Abgeordnetenhaus an. Wenn die Berufung erfolgt, steht noch nicht genau fest, Giesberts legt ebenfalls Wert darauf, auch als Regierungsmitglied seine beiden Mandate noch weiter auszuüben. Es ist daher leicht möglich, daß seine Berufung erst erfolgt, nachdem die Regierung über die vom Reichsgesandtschaftssekretär Giesberts des § 9 der Weimarer Verfassung beschloßigen geworden ist. —  
 Die Feindverhältnisse werden am Seebad Bogenort bei Ederburg im Hauptausbruch. Abg. Weine (Soz.) vom Reichstag hat das Verbot der Feindverhältnisse in Bogenort...

sich auf nicht mehr als zwei Tage, bei einer festem erscheinenden Druckfrist auf nicht mehr als zwei Nummern erstrecken darf, was auch für bereits ergangene Verbote gelten soll. Die Oberzensurstelle sorgt lediglich dafür, daß von einer besondern Stelle ausgesprochene Verbote zu allgemeinen Verböten werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. —

Fern bricht die diplomatischen Beziehungen ab. Neuer meldet aus Neuport: Ein Telegramm aus Lima teilt mit, daß der peruanische Kongress fast einstimmig beschloß, die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abzubreaken. — In Berlin amtlicher Stelle ist bisher keine Bestätigung dieser Neuermeldung eingetroffen. —

## Angriffe in der Bukowina.

W. Z. S. Großes Hauptquartier, 7. Oktober 1917. (Amtlich.)  
 Westlicher Kriegsschauplatz.  
 Bei Regenfällen und Wind blieb die Gefechtsaktivität bei fast allen Armeen gering.  
 In Flandern lag hartes Störfeuer, durchsicht mit einzelnen heftigen Feuerstößen, auf dem Kanalfeld zwischen Poelcapelle und Landvoorde.  
 Vor Verdun lebte auf dem Fluß der Maas die Feuerartillerie zeitweilig auf. Erkundungsgefahrten riefen dort und in mehreren anderen Abschnitten vorübergehend eine Steigerung des beiderseitigen Feuers hervor.  
 Die Auswertung der Lichtbildaufnahmen unserer Flieger bestätigt, daß unsere Bombenangriffe auf die Festung Dünkirk von harte Beeinträchtigungen in mehreren Stadtbereichen, besonders an den Häfen, Speichern und Bahnanlagen, verursacht haben. Empfindliche Störungen des englischen Nachschubs werden dadurch erreicht worden sein.

Westlicher Kriegsschauplatz.  
 Front Prinz Leopold.  
 Nordöstlich von Mige, bei Dinaburg und am Bernea bekämpften sich mehrfach die Artillerien lebhaft.  
 Front Erzherzog Joseph.  
 In der Bukowina griffen die Russen unter Einsatz von Panzerkraftwagen unter Stellungen bei St. Omer und Waschkow an. Der Feind wurde durch Feuer abgetrieben, aus Waschkow durch Gegenangriff deutscher und österreichischer Truppen vertrieben. Gefangene blieben in unserer Hand.  
 Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen lebte am untern Sereth und bei Tulcea die Kampftätigkeit der Artillerien auf.  
 Mazedonische Front  
 Nichts Wesentliches.  
 Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.  
 Der Abendbericht.  
 Berlin, 7. Oktober. (Amtlich.) In Flandern am Abend sich heftiger Generalkampf zwischen Langemarck und Zonnebeke.  
 An den übrigen Fronten nichts Wesentliches.

## Trommelfeuer im Westen.

W. Z. S. Großes Hauptquartier, den 8. Oktober 1917. (Amtlich.)  
 Westlicher Kriegsschauplatz.  
 Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.  
 Die Kampftätigkeit in Flandern lebte gestern vom Mittag bis zum Abend zwischen dem Houthouder Walde und der Straße Menin—Ypern erheblich auf. Starke Trommelfeuer ging englischen Zeilangriffen voraus, die sich gegen einzelne Abschnitte der Kampffront entwickelten. Die vom Gegner angeführten Sturmtruppen kamen nirgends vorwärts; unsere Abwehrwirkung hielt sie im Trichterfeld nieder.  
 Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.  
 In beiden Seiten der Straße Laon—Soissons wurde der Artilleriekampf zwischen dem Houthouder Walde und der Hochfläche südlich von Parangy mit großer Heftigkeit geführt. Aberdies hielten bei Vangeillon mehrere französische Kompanien vor. Sie wurden durch Feuer zurückgewiesen.  
 Westlich der Maas lag hartes Feuer auf unseren Stellungen und deren Hintergelände zwischen Samogneux und Bezonvaux. Die Wirkung unserer Artillerie unterband einen südwestlich von Beaumont sich vorbereitenden Angriff der Franzosen.  
 An dem westlichen Kriegsschauplatz und an der ungedrückten Front keine größeren Kampfhandlungen.  
 Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.







# Beilage zur Volksstimme.

Nr. 236.

Magdeburg, Dienstag den 9. Oktober 1917.

28. Jahrgang.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 8. Oktober 1917.

**Preiserhöhung für Gas und Elektrizität.** Die nächste Stadtverordneten-Sitzung wird eine Vorlage des Magistrats beschäftigen, nach der die Preise für Gas und elektrischen Strom erhöht werden sollen. Das Kubikmeter Gas soll um 2 Pfg. teurer werden, die Elektrizität soll einen Aufschlag von 0,6 Pfg. für die Kilowattstunde erfahren. Die Strompreiserhöhung soll jedoch nicht allgemein eintreten, sondern nur bei den Großabnehmern, mit denen durch Sonderabkommen ein niedrigerer Preis vereinbart ist. Begünstigt werden die Preisaufschläge mit der Produktionsvermehrung durch die Kohlen-Konkurrenz. Die Gasverteilung wird in weiten Kreisen große Sorgen auslösen, denn sehr viele Hausfrauen sind in der Küche ausschließlich auf Gas angewiesen. Die Grube ist schon seit Monaten erschöpft. Trotzdem ist die Rede ist von reichlichen Kohlauführungen für die Gruben, ist doch hiervon nur in bevorzugten Kreisen etwas zu bemerken. Wer einen Händler gut kennt, bekommt Koks, auch wenn er Gasförmigkeit hat. Aber eben nur als guter Bekannter. Die übergroße Zahl derjenigen Frauen, die auf der Hausliste ihren Gaszähler angegeben haben, bekommen keinen Koks. Die ärmsten darunter haben auch die primitivsten Kochrichtungen, sie verbrauchen verhältnismäßig am meisten Gas. Jetzt, wo Gas ihr einziger Heizstoff ist, wird es erheblich teurer. Im Aufschuß war die Preiserhöhung ein Gegenstand lebhaften Meinungsstreites. Es wurde beantragt, das Gas mit der Preissteigerung zu verschonen und die Produktionsvermehrung in anderer Weise auszugleichen: Preiserhöhung nur für Leuchtgas und für die erste Qualität des Gaskoks, das ist die Sorte, die zum Teil für Dampfheizungen gebraucht wird. Diese Vorschläge wurden abgelehnt, es soll eine allgemeine Erhöhung für Gas eintreten, Gaskoks wird zu altem Preise abgegeben. Am Donnerstag wird über die Vorlage verhandelt. Wenn sie angenommen wird, dann möge man wenigstens nicht bereuen, für eine gerechte Verteilung des Grubekoks zu sorgen.

**Die 15. Sitzung der Stadtverordneten** findet am Donnerstag den 11. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Rathhaus statt. Unter den zwölf Verhandlungsgegenständen, die für die öffentliche Sitzung vorgesehen sind, befinden sich mehrere von großer Wichtigkeit. Abgesehen von der Wahl eines besonderen Stadtrats an Stelle des am 3. September 1917 im Welter gestellten Stadtrats Claus, soll verhandelt werden über die Bewilligung von 9000 Mark aus Kasse der Kriegswahl zum Honorar der Abgeordneten. Ferner: Bewilligung der Kasse um 22 Millionen Mark für das zweite Halbjahr 1917 und der Erhebung des Tageslohns um 30 Pfennig mit Rückwirkung vom 1. Juli 1917 an. Abänderung des Statutensatzes für die städtischen Lehrer. Bericht des Rechnungsausschusses für die Vorlage betr. Vermögensgegenstände für die städtischen Lehrer und Lehrerinnen an den höheren Lehranstalten und Bürgerschulen sowie für Beamte und hängige Angestellte, Sondererhaltungszulagen für vorübergehend Angehörige. Aufnahme neuerlich kranker Soldaten in der Krankenanstalt Südburg. Abänderung der Preise für Gas und Strom infolge Inkrafttretens des Reichsrohstoffgesetzes. Bericht des Ausschusses für die Vorlage betreffend Erhaltung der Beamten und Angestellten von der Angehörigen-Verpflichtung. Außerdem über eine Anfrage an den Magistrat über Festgabe von Grubekoks in Mähdick auf die Gasheizer und Herabsetzung des Preisgeldes für Gasheizöfen und über den Antrag: der Magistrat wolle Einrichtungen treffen, die es ermöglichen, den Magdeburger Kleinwohnungs-Angehörigen die aus § 6 des Rohstoffgesetzes sich ergebenden Vorteile zuzuwenden.

**Öffentliche Kundgebung.** Zugunsten der 7. Kriegsanleihe fand am Sonntag vormittag im Stadttheater eine öffentliche Kundgebung statt, die aber der weiten nicht den Erfolg aufwies wie die vor 8 Tagen. Das Programm bestand aus musikalischen Darbietungen und einem Vortrag des ehemaligen deutschen Lehrers an der Universität Dorfer Professor Dr. H. Groth (Berlin) über „Deutsche Kulturarbeit im Osten“. Zu Inhalt der Vortrag war, so schien es doch zu einem Teil der Anwesenden sehr besondere Interesse zu wecken, denn viele wußten noch während der Rede das Theater. Bemerkenswert war der Teil des Vortrags, der von der ständig drohenden Gefahr handelte, in der sich Deutschland durch eine spätere Invasion der Völker Ostens befindet. Die Aufgaben dieser Veranstaltung dürften diesmal größer gewesen sein als die Einnahmen.

**Verbreiterung von Mauten usw.** Es sind wiederholt Klagen über Unzulänglichkeiten in der Verbreiterung solcher Mauten, insbesondere Konten, kam geworden, die von ihrem Werte zu erheblicher Minderleistung anher ab des kommunalverbandes, in dem das Wert ihnen sich hat, verwendet werden. Das preussische Landesverwaltungsamt gibt hierzu bekannt: Die Verbreiterung mit der jedem Verbreiterungsberechtigten zugehörigen Grundbesitz kann freilich nicht auf Schwierigkeiten führen. Insofern haben lediglich die über den Verfall mit Reichs-Rohstoffverordnungen erlassenen Bestimmungen Anwendung zu finden. Der Bezug der Bezugszulagen dagegen ist Schwierigkeiten. Zu deren Verhängung bestimmen wie folgendes: Für die Anerkennung eines Mautenbesitzers als Schwer- oder Schwere-Arbeiter bleibt der kommunalverband, in dem das den betreffenden Arbeiter ständig beschäftigende Werk seinen Sitz hat, auch während der notwendigen Beschäftigung zuständig. Dieser kommunalverband also nicht der vorübergehenden Arbeitsstätte hat unter Bezugnahme des Arbeiterausweises zu entscheiden, welche Zulagen in welcher Höhe und für welche Zeitdauer den Mautenbesitzern zu gewährt sind. Von dem kommunalverband, der die Entscheidung getroffen hat, ist eine der festgesetzten Zulagenmenge entsprechende Anzahl Bescheinigungen unmittelbar dem Mautenbesitzer auszuhandeln oder dem Werk zur Rücksendung an sie zu übergeben.

**Verweigerung der Abgabe von Lebensmitteln.** Die Behandlung des Bundesrats über die Preisregulierung sollte der Kaufmann Schmelzer dadurch überlassen haben, daß er einer Anordnung der Preisregulierungszentrale widerstand, wonach die Abgabe von Lebensmitteln an die Verbraucher in der im Kleinhandel üblichen Menge zum unangenehmsten Preise nicht verweigert werden darf. Er hatte eine größere Anzahl Einkaufszettel der verschiedensten Sorten zu verkaufen, wovon nur ein Teil verhältnismäßig wenig Wertgegenstände waren. Zu ihm es auf den Gedanken, durch ein solches unangenehmes Aufhören von Suppen entfällt nur ein halbes „Brot“ „Suppe“. Ein Herr wollte nur ein solches (kleines) „Brot“ kaufen. Ihm wurde erklärt, daß er die Küchlein nur bekommen, wenn er auch noch vier andre Suppenmittel kauft. Das Landgericht ist in diesem Verfahren die Verweigerung der Abgabe eines Lebensmittels im Sinne der Verordnung. Es wurde deshalb zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Kammergericht verurteilt die vom Angeklagten gegen

das Urteil eingelegte Revision mit folgender Begründung: Die Verweigerung der Abgabe eines Lebensmittels sei auch darin zu finden, wenn jemand eine Ware mit anderen Waren dezent verpackt, daß er sie nur mit den anderen Waren zusammen abgibt. Unter Lebensmitteln seien auch Käse und Wurst mit den Zutaten von Suppen zu verstehen. Zutreffend habe darum das Landgericht Berlin angenommen, daß Angeklagter die Abgabe eines Lebensmittels in der im Kleinhandel üblichen Menge verweigert habe.

**Wünsche der Lehrer.** Am Donnerstag vergangener Woche tagte in Halle die diesjährige Herbstversammlung hiesiger Lehrervereine der Provinz Sachsen. Die Versammlung beschäftigte sich u. a. auch mit der „Reorganisation der inneren preussischen Verhältnisse“. In diesem Punkte wurde eine Entschließung angenommen, in der folgende Wünsche zum Ausdruck kommen:

1. Die rechtliche Stellung des Lehrers werde in folgender Weise zeitgemäß ausgestaltet: a) Die Lehrer müssen unmittelbare Staatsbeamte und als solche zwischen die Verwaltungsfunktionäre eingereiht werden. b) Das Disziplinarrecht von 1882 ist aufzuheben und dafür ein dem Rechtsempfinden unserer Zeit entsprechendes Beamtenrecht zu schaffen. c) Den Beamten und Lehrern ist Einsicht in ihre Personalakten zu gestatten; verhängte Strafen sind nach einem bestimmten Zeitraum zu löschen. d) Der den Beamten und Lehrern bisher auferlegte Zwang, in ihrem Wirkungsort zu wohnen, ist zu beseitigen.
2. Den Lehrern ist die freie staatsbürgerliche Betätigung zu gewährleisten. Alle unberechtigten Ausnahmebestimmungen und Einschränkungen sind aufzuheben. In dieser Beziehung ist vor allem folgendes zu fordern: a) Die Verteilung des passiven Gemeindevahlrechts und die Zulassung zum Amt des Schöffen und Geschworenen. b) Freiheit in der Ausübung des Vereins-, Versammlungs- und Petitionsrechts und in der politischen Betätigung, soweit es der Dienstzeit gestattet.
3. Dem Lehrstand ist uneingeschränkte Freiheit in allen auf die wirtschaftliche Selbsthilfe gerichteten Bestimmungen zu gewähren.
4. Der beruflichen Tätigkeit des einzelnen Lehrers ist größere Selbstständigkeit und Selbstverantwortung zuzumessen.
5. Die Berufsvereine sind als Standesvertretung anzuerkennen.
6. Die preussische Volkshochschulgesetzgebung muß durch Bestremsmänner sich und Stimme im Herrenhaus erhalten.

**Kein Bedarf an neuen Kunstprodukten.** Ein rühriger Unternehmer wollte ein neues kunstvolles Mundwasser herstellen. Er braun aber die Erlaubnis nicht und wandte sich beschwerend an die für seinen Wohnort zuständige Regierungsstelle, den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg. Von dort bekam er folgende treffende Antwort:

Ein volkswirtschaftliches Bedürfnis zur Vermehrung der gartenreichen, bereits seit der Zeit vor Kriegsbeginn bestehenden, Erzeugnisse ähnlicher Art wie die Früchte, bestehenden Geschäfte während der Kriegszeit kann nicht anerkannt werden, da die vermehrte Herstellung solcher Erzeugnisse lediglich zu einer wesentlichen Vertiefung von Wohlhoffen führt, die in ihrer natürlichen Form der Volksernährung feiner und billiger zugute kommen würden. Es kommt hinzu, daß die von Ihnen bearbeitenden Rohstoffe erwerbsmindernd zum Teil aus dem Schleichhandel herantreten und zu Einkaufspreisen erworben werden müßten, die einen Betrieb Ihrer Fabrikate zu einem angemessenen Verkaufspreis nur durch einen unzulässigen Anstieg der Fabrikate, das es sich dabei in großem Umfang um Rohstoffe handelt, die der öffentlichen Wirtschaft unentbehrlich sind, zeigt deutlich die volkswirtschaftliche Schädlichkeit eines Betriebes wie des Ihrigen in der jetzigen Zeit. Insgesamt von Ihnen erzeugten Mundwasser kann ein besonderer Wert nicht zugesprochen werden. Es muß vielmehr als zweckmäßig bezeichnet werden, das zur menschlichen Ernährung geeignete Mundwasser der allgemeinen Volksernährung in Form von Blutwurst, Blutbrot oder ähnlichen einfachen Zubereitungen zugänglich zu machen, als durch die naturgemäß mit Kosten verbundene Herstellung eines besonderen Präparats.

Diese Anschauungen hätten schon viel früher und an allen Regierungsstellen zur Geltung kommen sollen. Gewaltige Mengen Rohstoffe sind wahrscheinlich verbraucht worden, weil sie zu allerlei Kunstprodukten verarbeitet wurden. Vermehrt haben sich die Mähdick dadurch nicht, vermehrt haben sich nur die Banknoten der „Erfinder“ und „Erzeuger“. Derselbe Umfang würde schon viel früher gedeckert werden.

**Warnung für Spaziergänger.** Das Scharfschützen des Kommandeur-Verbands findet am Montag den 8. Dienstag den 9. und Mittwoch den 10. Oktober 1917 auf dem Scharfschützenstand des Leubowitzer bei Scharfhand 23 hat. Beginn 6.30 Uhr vormittags, Ende 6.30 Uhr abends.

**Eingezogene Polizeien.** Die Polizeien Magdeburg 7 (Bender) und Magdeburg 9 (neuer Schütz und Vitzthum) werden mit Ablauf des 9. Oktober bis auf weiteres geschlossen.

**Die Allgemeine Ortskrankenkasse** hat ihre Verhältnisse infolge der veränderten Bureauverhältnisse ändern müssen. Wie aus der Anzeige im Interimteil hervorgeht, werden Ein- und Auszahlungen von 8 1/2 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags abgesetzt. Für Meldungen aller Art und Ausgabe von Formularen sowie Freigangsmarken bleiben die Geschäftszeiten von 8 1/2 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags gültig.

**Betriebsstörungen bei der Straßenbahn.** Am Sonntag abend ist in der halberstädter Straße in der Nähe des Bahnhofs ein Zusammenstoß der Lokomotive und am Montag mittag zwischen 12 und 1 Uhr auf dem Breiten Wege in der Nähe der Kranenstraße ebenfalls. Besonders im letzteren Falle wurde eine herabgeratene Störung durch das Ankommen einer großen Anzahl vollbesetzter Wagen recht unangenehm empfunden. Die in letzter Zeit sich häufigeren Störungen in der Oberleitung lassen vermuten, daß eine gründliche Renovation nicht schaden würde.

**Ausstehende Straftaten.** In der Woche vom 30. September bis 6. Oktober wurden in Magdeburg amtlich gemeldet 30 Straftaten und 1 Todesfall an Syphilis 1 Erkrankung an Grandios, 17 Todesfälle an Scharlach, 3 Erkrankungen an Scharlach, 12 Erkrankungen und 2 Todesfälle an Unterleibstypus und 3 Erkrankungen an Ruhr.

**Geschlossen** wurden in der Zeit vom 1. bis 6. d. M. aus einer Wohnung am Breiten Wege 17 ganze Familien und drei weibl. Personen; in der Zeit vom 2. bis 4. aus einer Wohnkammer in der GutsMuth-Strasse ein Wirtshausbesitzer, zwei weibl. Personen, einer Dienstmagd, der andere Mann; in der Zeit vom 4. bis 6. aus einer Wohnkammer in der Schwanenstraße ein Paar Frauen-Schneiderräder mit Holzbohlen; am 6. vormittags aus einer Wohnung in der Langen Straße ein kleiner weiß gekleideter Kleiderrock, aus einem am Breiten Wege vor Keller liegendem Dampfer eine Beschriftung, 40 Meter lang und 15 Zentimeter breit; aus einem Unterflurraum einer Fabrik in GutsMuth-Strasse zwei Kleider, eine Weste, zwei Paar Schalschürzen und eine Kleiderbrücke; nachmittags am dem Breiten Weg ein Fahrrad „Donaud“; im Laufe des Tages aus dem Hinterhaus einer Fabrik in der halberstädter

Straße ein Paar Frauenhalbschuhe; in der Nacht zum 7. aus einem Stall, der sich in einer Gartenparzelle an der Pfeifferstraße befindet, drei Kanarienvögel; am 7. vormittags aus einem Keller in der Pfeifferstraße eine Anzahl Bekleidungsstücke mit eingekochtem Geflügel; im Laufe des Tages aus einer Wohnung in der Kolbiger Straße zwei Kleiderstücke.

**In Haft genommen** wurde ein Arbeiter von hier, der dringend verdächtig ist, am 23. v. M. aus einem Laden in der St.-Michael-Strasse mehrere Kisten Zigarren, Lebensmittel und 160 Mark gestohlen zu haben.

**Feuer.** Am Sonntag abend gegen 7 1/4 Uhr gerieten im Erdgeschoss des Vordergebäudes Große Weinstraße 15 einige Säulen und Möbel im Dachstuhl in Brand, und zwar vermutlich infolge eines Schadhaften Schornsteins. Das Feuer wurde von der mündlich herbeigekommenen Feuerwehr mit dem kleinen Gerät gelöscht.

## Theater, Konzerte etc.

### Besprechungen.

**Stadttheater.** Größter Erfolg. Die „Waise“ dem, der „Waise“ wurde am Sonntag abend unter Hans Sedow's Leitung zum erstenmal in dieser Spielzeit gegeben. Größter Erfolg in dieser Spielzeit mit letzter Premiere den Januarius der Wahrheit um jeden Preis und bedient sich dabei zweier gegensätzlicher Figuren, des Bischofs und seines Nichten. Gener ist der Vertreter absoluter Wahrheit in Bekleid mit dem Worte, dieser möchte es auf eine kleine Notlage nicht ankommen lassen, müßte aber die Erfahrung, daß die reine Wahrheit doch nicht geglaubt wird, zumal wenn sie das Kleid einer wichtigen Ursache trägt. So gelangt Leon, der Nichte, zum Ziele, das sich aus dem Handlungsstoff ergibt, und schied überreich und die Früchte, die ihm schließlich in den Schoß fallen. Die Fabel der Handlung ist recht unterhaltsam und gepädigt, und der Regie ist damit der Wegweiser gegeben. Der das Schauspiel zum guten Verständnis für das Publikum führt. Hans Sedow stimmte auch alles auf Witz und Laune, fand auch vorzüglichste Unterhaltung bei Fritz Schmitt, Martha Schild und Hermann Nissen, welche das heitliche Element in die Verwirrung und durch Unmöglichkeit der Darstellung ein ständiges heiteres Bild beim Publikum erregten, besonders der kräftig leinende Lucius Schmitt-Nathwald. Die Darstellung Leon's entsprach nicht dem Reiz der Jugend, soweit Kaiser's Liedle durch Herabsetzung seines Organes besonderer Eindruck zu erregen vermochte. Im übrigen ergab die Regie recht vorzüglich den fast gestimmten Gregor Friedr. Alb. Gross. Karl Matthies als Aljosha.

Die Sonderberichterstattung des Arbeiterbildungs-ausschusses brachte eine Wiederholung der „Kensermächten“ und des „Zerbrochenen Kruges“, über welche Seite in der Nummer vom 11. September ausführlich berichtet wurde. Heute sei nur berichtet, daß beide Vorstellungen mit gleichem künstlerischem Erfolg gegeben wurden. Die Aufnahme der „Kensermächten“ bei unsem Publikum entsprach wohl nicht ganz den Erwartungen. Das Verständnis für das Feinheitsempfinden der Zeit, in der das Stück steht, liegt den heutigen Anschauungen weiter fremd, wohl zu fern. Saggen sagte der ursprüngliche Humor des „Zerbrochenen Kruges“ den interessierten Zuschauern durchaus zu, die mit Beragen vorfolgten, wie die Remise's den Vortragler doch noch erreichte.

Am ersten Male wurde am Sonntag abend Wagner's „Lohengrin“ bei ausverkauftem Hause unter Leitung des Kapellmeisters Siegfried Humann und des Oberregisseurs Theo Mader gegeben. Der Gesamtindruck der Oper war infolge der darstellerischen Wertbestimmungen zum ein sehr guter, zumal haben es bei den vielen zum Teil eignen Vorarbeiten der Regie an nichts fehlen. Eine gelungen hoch zu bewertende Leistung war der Lohengrin August Seifert's. Musikalisch weniger glänzend fand sich Ernst Kayser mit ihrer Elsa-Barrie ab. Eine schließliche hervorragende Verwirklichung die Ministerien sang die Rolle wohl zum ersten Male — ließ ihre Stimme überaus werden. Sehr gut war Edith Hipp's Locke als Ortrud, sie verstand, das Dämonische auch in den Ton zu legen und zeigte sich auch technisch als der Partie vollkommen gewachsen. Guido Schlegel's als Telramund entsprach den Erwartungen, die an sein Auftreten geknüpft worden waren. Franz Schwarz als König Heinrich bot wieder eine ganze Leistung, und auch Willi Biering sah man wieder gern als Herrscher des Brings. Im ganzen gut waren die Chöre.

### Mitteilungen der Direktionen.

**Stadttheater.** Heute Dienstag „Waise“, Donnerstag „Kensermächten“, Freitag „Das Glöckchen des Gramer“, Sonnabend 1. Male „Der Dammhase“, Sonntag nachm. zu 11 Uhr „Johannistag“, abds. „Die fünf Weiber u. Minder“.

**Zentraltheater.** Karten für die am Freitag stattfindende 50. Aufführung der „Kose von Stambul“ sind täglich erhältlich.

**Zentraltheater-Konzert.** Abends 7 Uhr: Konzert unter persönlicher Leitung des Kapellmeisters Hudi Bach.

**Städtisches Orchester.** Mittwoch, 10. Oktober. Theatervorstellung 1. R. Leitung Kapellmeister Dr. Adolf Schilling. Julia Gies (Soprano), Augustus (Tenor), Deffert, Hauptmann u. a. 11 Uhr. Karten bei Geismannhofen.

**Städtischer Musikverein.** Dienstag den 9. Oktober, abends 8 Uhr, in Gesellschaftlichen Vortrag des Herrn Dr. Köhler über Joseph Haydn's Werk „Die allgemeine Verpflichtung als Lösung der sozialen Frage“.

## Aus der Gewerkschaftsbewegung.

**Zusammenschluß in der Angestelltenbewegung.** Die Arbeitgemeinschaft für die einheitliche Angestelltenbewegung, der die gewerkschaftlich gerichteten Verbände der Lehrkräfte, kaufmännischen und Bureauangestellten angehören, hat im Verlauf des Jahres für die Einheitsgewerkschaft wesentliche Anträge gestellt. Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft und Sozialisierung des Arbeitsrechts fand zwar nach wie vor im Vordergrund ihrer Aufmerksamkeit, doch konnte auch auf den übrigen Gebieten der Sozialpolitik, insbesondere in der Arbeitsbeschäftigung, bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes und der Vorbereitungen für die Organisierung der Übergangsgewerkschaft eine wertvolle umfangreiche Gemeinschaftsarbeit geleistet werden. Die erzielten Erfolge und die nach dem Besitze bevorstehenden schwierigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben der Angestelltenverbände liegen es geboten erscheinen, aus der bisherigen Arbeitgemeinschaft ein fester gefügter Kartell zu schaffen. Eine kürzlich abgehaltene Vorstandskonferenz aller angeschlossenen Verbände hat deshalb einstimmig beschlossen, die bestehende Arbeitgemeinschaft für die einheitliche Angestelltenbewegung zu einer Arbeitgemeinschaft freier Angestelltenverbände auszubauen. Nach den angenommenen Satzungen ist die A. f. A. die gemeinnützige Vertretung der ihr angeschlossenen Verbände auf der Grundlage eines reinen und einheitlichen Arbeitnehmerhandpunktes. Ihr Arbeitsgebiet erstreckt sich auf die Durchsetzung gemeinsamer gewerkschaftlicher Ziele auf wirtschaftlichen und sozialem Gebiet. Die Arbeitgemeinschaft ist im Verat des Kriegsraums und im Verat des Reichskommunars für Übergangsgewerkschaft vertreten; ihre Geschäftsstelle befindet sich Breiten Weg 22, Breitenstraße 7.

**Vom Wachstum der freien Gewerkschaften.** Der Gewerkschaftenverband gewann im August 1916 neue Mitglieder und ergab damit eine Neuzugangszahl. Seine jetzige Mitgliederzahl beträgt sich um 2000 über dem Stande der Kriegsbeginn. Der Verband hat in dem ersten acht Monaten laufenden Jahres über 4000 Mitglieder Zugang erzielt.



Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Zerichow 1 und 2.

Niederh., 8. Oktober. (Neue Anstalt.) Nachdem Frau Hoff der die Kolportage der „Vollstimm“ am Ort übertragen...

Wahlkreis Obersiebenbrunn-Halberstadt-Bernitzgerode.

Halberstadt, 8. Oktober. (Brennstoff-Abgabe.) Für die ausgegebenen Kohlenarten wird auf Seite 1 bei den Kohlenhändlern...

(Städtische Lebensmittel.) Vom Dienstag an wird bei sämtlichen Kaufleuten auf die Lebensmittelmarkt 155 Kunsthaus...

(Für Kartoffelerzeuger.) In nächster Zeit wird der Kartoffelstands-Prüfungsausschuss seine Tätigkeit wieder aufnehmen...

Obersiebenbrunn, 8. Oktober. (Grubefälle.) Der Verkauf von Grubefällen findet vom 8. bis 10. Oktober beim Kohlenhändler Sehlbach...

Bernitzgerode, 8. Oktober. (In die, die es angeht.) Laufende Worte sind Erster Bürgermeister Gehling gelegentlich der...

(Abgabe von Schenkungen.) Der Magistrat hat die Abgabe von Schenkungen...

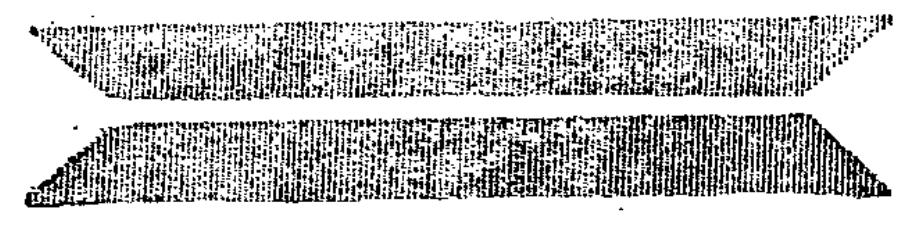
Beziehungen Rabe-Obersiebenbrunn.

Obersiebenbrunn, 8. Oktober. (Die Kohlenversorgung.) Es ist mit einer Vermehrung der Kohlen...

Kapitän Bröhans Werbung.

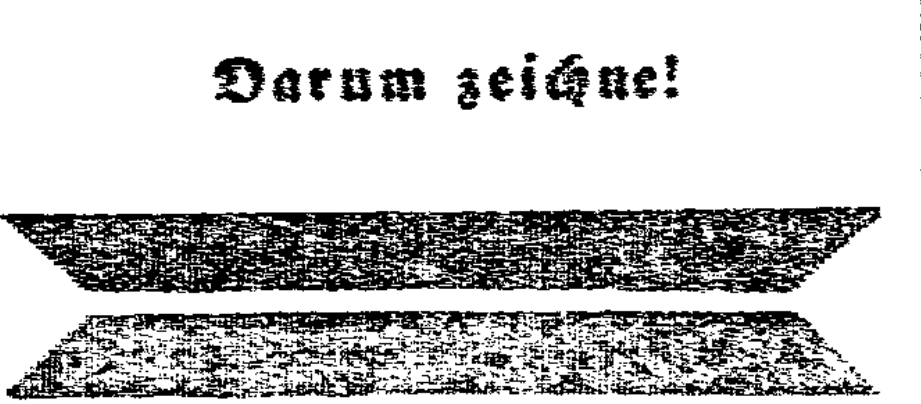
Ein herrlicher Herrmann von B. B. Junge. (2. Fortsetzung.) Zum Hinausgehen anzuweisen, schlug ich der Frau auf den...

Kohlen zu beziehen sind. Eine diese Vertheilung würde es sicher besser...



Rein Schwanten und Ueberlegen darf es geben!

Jetzt gilt nur die Tat! — Wenn jeder einzelne — ausnahmslos — seine höchsten Kräfte anspannt...



wandte sich ab und folgte in den Parkanlagen des Schlosses, der bereits den Aufstieg in die Stürze begonnen hatte. Auf der Höhe...

Schöneberg, 8. Oktober. (Speisezwiebeln) für den Winterbedarf sind in der Produktionsabteilung, Salzer Straße, der Zentner...

Stettin, 8. Oktober. (Zucker) wird am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag mit 1 1/2 Pfund pro Kopf abgegeben. Er soll nach...

Stendal, 8. Oktober. (Vom Zug überfahren.) Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Freitag abend gegen 8 Uhr...

Table with 4 columns: Location, Date, and numerical values. Includes entries for Wasserstände and Wettervorhersage.

Wettervorhersage. Dienstag den 9. Oktober: Veränderlich, viel Regen, Dauer. Ständesamtliche Nachrichten.

„Wenn Du bloß noch ein Wort sagst, reiße ich Dir Deinen hässlichen kleinen Kopf ab!“ rief Schorje zornig. „Wenn ich kein Schamgefühl mich haben tät, denn wär ich bei Tage nach Haus gekommen...“